

Preisüberwacher rüffelt Swisscom

Telekom Dem Schweizer Preisüberwacher sind die Tarife der Swisscom für Festnetzanrufe auf Mobilnetze ein Dorn im Auge. Die Margen für Anrufe im Minutentarif auf Mobilnetze seien weit höher als bei den auf 7,5 Rappen gedeckelten Anrufen auf Festnetze. Nun fordert der Preisüberwacher eine Preisanpassung.

Zum Hintergrund: Als Grundversorgungskonzessionärin muss die Swisscom gemäss der Verordnung über Fernmeldedienste einen Anschluss für die Festnetztelefonie weiterhin gesondert zum Preis von maximal 23,45 Franken flächendeckend anbieten. Für Anrufe auf das Festnetz gilt dabei eine Preisobergrenze von 7,5 Rappen pro Minute.

Swisscom gelobt Besserung

Im Rahmen der Neuvergabe der Grundversorgung per 1. Januar 2018 verzichtete der Bundesrat aber entgegen der Empfehlung des Preisüberwachers auf eine Preisobergrenze für Anrufe auf Mobilnetze von 14 Rappen pro Minute. Da aber Anrufe auf Mobiltelefone sowohl privat als auch geschäftlich oft kaum zu umgehen seien, pocht der Preisüberwacher gemäss einer Mitteilung vom Dienstag nun auf eine Tarifanpassung. Abklärungen hätten nämlich ergeben, dass die Marge der Swisscom für Anrufe auf Mobilfunknetze weit höher seien als bei den regulierten Festnetzanrufen, schreibt der Preisüberwacher. Der Preisschutz für die Grundversorgungskunden greife daher unvollständig, so die Behörde.

Am Verhandlungstisch habe die Swisscom eine über die Bundesratsverordnung hinausgehende Regulierung abgelehnt, heisst es in der Mitteilung. Der Telekom-Anbieter habe sich aber bereit gezeigt, ab Sommer dieses Jahres optional eine Lösung für Festnetzkunden anzubieten. Diese sieht laut den Angaben vor, dass Kunden, die oft Anrufe auf Mobilfunknetze tätigen, für 9 Franken im Monat unbegrenzt in Mobilnetze telefonieren können. Zudem habe sich der Telekomkonzern dazu verpflichtet, aktiv über die Einführung der Option zu informieren.

Dennoch hält der Preisüberwacher in der Mitteilung fest, dass man mit diesem Kompromiss vorläufig zwar einverstanden sei, sich aber vorbehalte, das Thema zu einem späteren Zeitpunkt oder im Rahmen der Revision des Fernmeldegesetzes wieder aufzugreifen. (sda)

Die ganze Infrastruktur am Bildschirm

3D-Bilddaten Städte und Kantone haben die Aufgabe, Strassen und Schienen in Stand zu halten. Das geht auch vom Schreibtisch aus. Ein Aargauer Unternehmen macht das möglich.

Andreas Lorenz-Meyer

Die Schweiz hat ihr eigenes Street View. Das Aargauer Unternehmen iNovitas, eine Ausgründung der Fachhochschule Nordwestschweiz, erzeugt 3D-Bilddaten für die Überprüfung und den Erhalt von Infrastrukturen. Dafür fahren Autos mit allerlei technischen Gerätschaften – Kameras und Sensoren – auf dem Dach durchs Land.

Auf den Fahrzeugen steht «infra3DService». So nennt sich die Mobile-Mapping-Technologie, welche die Umgebung des Fahrzeugs fotografisch erfasst. GPS und Winkelsensoren messen dabei bis zu 200 Mal pro Sekunde die Position des Aufnahmewagens, während Kameras alle drei Meter ein Bild schießen. Die 3D-Bilddaten erleichtern Kantonen, Städten und Gemeinden die Arbeit, weil sich der Zustand der Strassen vom Computer aus prüfen lässt. Oder man erkennt via Bildschirm, ob es an einer bestimmten Stelle gefährliche Verkehrssituationen gibt und wie die Sichtweiten der Fahrer sind. Die Kontrolle vor Ort ist nicht nötig.

Logistischer Aufwand wird reduziert

«Bei uns geht es darum, sich die Infrastruktur an den Schreibtisch zu holen», sagt Gründer und CEO Christian Meier. Die Auflösung der Bilder gehe dabei bis in den Millimeterbereich. Zudem biete man eine Verortungsgenauigkeit, die andere nicht haben, sagt Meier. Hinzu kommt, dass sich die Daten über eine einfache Webapplikation aufrufen lassen. «Für die IT des Infrastrukturbetreibers ist kein einziger Franken Investition in neue Software oder Hardware nötig.» Die Bildschirmkontrollen haben auch den Vorteil, dass es keine Verkehrsbehinderungen durch Feldbegehungen mehr gibt. Und: «Infrastrukturprojekte sind um ein Vielfaches effizienter zu gestalten.» Die Kostensenkungen bei der Datenerhebung können zwischen 30 bis 60 Prozent liegen.

Das Geschäft läuft gut. Meier freut sich über ein «riesiges Wachstum». Unter anderem im



Ein iNovitas-Fahrzeug bei einer Befahrung in Leukerbad im Juni 2017.

Bild: PD

Kanton Aargau und in der Stadt Zug werden die 3D-Bilddaten genutzt. Die Mitarbeiterzahl hierzulande hat sich bis auf 35 erhöht, europaweit sind es 70. iNovitas ist neben der Schweiz in Skandinavien und Osteuropa präsent, die Städte Berlin und Wien sind

Kunden. Die 3D-Bilddaten eignen sich auch für Schienen. So setzen die Rhätische Bahn in Graubünden und die Verkehrsbetriebe Zürich auf die Technik. In Zürich erfasste man 2015 das komplette Schienennetz ausser den Schienen auf Arealen und in

Gebäuden. Rund 160 Kilometer Gleis sind als «Infra3D RailTV» abrufbar. «Jährlich aktualisieren wir die sanierten oder umgebauten Abschnitte», erklärt Simon Räsänen, Leiter Infrastruktur. Voraussichtlich alle drei bis fünf Jahre gibt es eine Neuaufnahme

des kompletten Schienennetzes. Grunderfassung und Einführung von «Infra3D RailTV» kosteten knapp eine halbe Million Franken. Die Umstellung auf 3D-Bilddaten kam, weil das Bundesamt für Verkehr eine vollständige Kontrolle sämtlicher Halteketten verlangt hatte. Dabei ging es um die Sicherheitsabstände auf Perrons, welche gemäss Verordnung nachzuweisen waren. Die messtechnische Prüfung konnte vom Schreibtisch aus laufen.

Bei der Einführung ging es auch darum, den logistischen Aufwand zu reduzieren. Räsänen: «Die Alternative wäre gewesen, dass Personen sämtliche Haltestellen inspizieren müssen.» Die Erkenntnisse würden aber rasch veralten. Und sie hätten immer wieder vor Ort aktualisiert werden müssen. Mit den 3D-Bilddaten entfällt die Besichtigung vor Ort. «Das bedeutet für uns einen grossen Zeitgewinn.»

«Nennenswerte Kosteneinsparungen»

Schon 2013 hatte die Abteilung für Geomatik und Vermessung der Stadt Zürich den Korridor Hardbrücke-Rosengartenstrasse-Milchbuck erfasst. Auf rund drei Kilometern wurde der komplette sichtbare Strassenraum aufgenommen: Strassenkörper samt Trottoirs und Banketten, Signalisationen und Bäume. «Wir wollten eine kostengünstige Erfassung dieses Korridors während des rollenden Verkehrs für möglichst viele Anwendungsbereiche», sagt Stadtgeometer Bastian Graeff.

Aus den 3D-Bilddaten lassen sich die Koordinaten von Bäumen oder Signalisationen abgreifen. Oder Lage und Dimension von Strassenmarkierungen wie Fussgängerstreifen. «Durch die Messmethode vermeiden wir kostspielige und zeitintensive Aufnahmen mit herkömmlichen Methoden in der Nacht inklusive Strassensperrungen», erklärt Bastian Graeff. Teure Nachmessungen, wenn während der Aufnahme etwas vergessen wurde, seien auch nicht mehr nötig. Das Projekt habe «nennenswerte» Kosteneinsparungen gebracht, sagt Graeff.

Airbus will WTO-Forderungen für EU-Subventionen erfüllen

Paris Nach dem Urteil der Welthandelsorganisation WTO will Airbus nun vorsichtiger mit staatlichen Darlehen umgehen. Damit könnten die angedrohten US-Sanktionen vom Tisch sein.

Airbus und die Europäische Union wollen mit Änderungen an staatlichen Darlehen für den Flugzeugbauer drohende Sanktionen der USA umgehen. Damit ziehen sie die Konsequenzen aus dem jüngsten Urteil der Welthandelsorganisation (WTO) zur Unterstützung der EU für Airbus.

Airbus und die vier EU-Staaten Frankreich, Deutschland, Spanien und Grossbritannien, in denen der Luftfahrtkonzern produziert, hätten sich auf geringfügige Anpassungen der vergünstigten Kredite für das Gross-

raumflugzeug A380 und den A350XWB geeinigt, teilte Airbus am Dienstag mit. Diese galten als Entwicklungskosten-Finanzierung. «Wir sind zuversichtlich, nun alle Vorgaben zu erfüllen», sagte nun Airbus-Chefjustiziar John Harrison.

Schleppende Aufträge für A380

Die USA hatten nach dem Urteilspruch der WTO vor einer Woche umgehend mit Sanktionen gegen EU-Produkte gedroht, wenn die EU nicht die Unterstützung für

Airbus einstellen sollte. «Wenn die EU nicht endlich aufhört, die Regeln zu brechen und US-Interessen zu verletzen, werden die USA voranschreiten und Gegenmassnahmen auf EU-Produkte erlassen müssen», hiess es damals in einer Mitteilung des US-Handelsbeauftragten Robert Lighthizer.

Allfällige Sanktionen seien mit dem Massnahmenpaket vom Tisch, zeigte sich der Airbus-Jurist Karl Hennessee in einem Interview mit dem Sender BBC zuversichtlich. Wie die Anpas-

sungen genau aussähen, sei vertraulich, sie spiegelten jedoch die Marktbedingungen wider, erklärte der Flugzeughersteller.

Wie aus einem Papier der EU-Kommission weiter hervorgeht, zahlt der Flugzeugbauer unter anderem noch in diesem Jahr einen Kredit aus Grossbritannien für den A350 zurück und nimmt andere staatliche Darlehen weniger in Anspruch als geplant. Nach der Insolvenz der russischen Transaero brauche Airbus ohnehin weniger Geld, weil weniger A380 ausgeliefert

würden. Aufträge für den einstigen Airbus-Hoffnungsträger laufen nur schleppend.

Langjähriger Subventionsstreit

Die lang erwartete Entscheidung der Genfer WTO ist Teil eines langjährigen Streits mit den USA um Subventionen für die Flugzeugbauer Airbus und Boeing. Er geht auf das Jahr 2004 zurück. Die Europäer hatten ihrerseits die USA verklagt, die Boeing Steuererleichterungen und Entwicklungszuschüsse gewährt

hätten. Eine Entscheidung der WTO darüber wird im kommenden Jahr erwartet. «Airbus würde im anstehenden Fall eine ebenso konstruktive Einstellung und Verhaltensweise der Vereinigten Staaten und von Boeing begrüßen», sagte Chefjustiziar Harrison. Die Handelsbeziehungen zwischen den USA und der EU sind derzeit unter anderem von den US-Zöllen auf Stahl und Aluminium und den angedrohten neuen US-Sanktionen gegen den Iran nach der Aufkündigung des Atomabkommens belastet. (sda)